

Volkswort

Sozialdemokratisches Tagblatt / Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und der

Zürich
Samstag
Vierundfünfzig

Abonnement
Lage abgehoben
trägerin od.
Fr. 2.60, vie
Insertionspr
deren Raum
men Millim
batt. Papie
auf Brutto
meterzeile,
zeile. Tel.
Alle Posten

Kirche und Staat

Eine Auseinandersetzung zwischen Regierungsrat Feldmann und Prof. Karl Barth

Im Kanton Bern besteht seit einiger Zeit eine erhebliche Spannung zwischen den staatlichen Kirchenorganen und einer bestimmten Richtung innerhalb der evangelisch-reformierten Landeskirche, genauer gesagt gewissen Vertretern der *dialektischen Theologie*. Erstmals erfuhr man über die Grenzen des Kantons Bern hinaus von dieser Spannung, als der kantonale Kirchendirektor, Regierungsrat Dr. Markus Feldmann, in der letzten Septembersession des bernischen Großen Rates sich veranlaßt sah, offiziell die Rechte und Aufgaben des Staates gegenüber der Kirche grundsätzlich zu umreißen und dabei an die Adresse verschiedener prominenter Anhänger der dialektischen Theologie den schwerwiegenden Vorwurf zu erheben, daß sie sowohl die religiöse Toleranz mißachteten als auch dem Staat nicht jene Kompetenzen einzuräumen bereit seien, die dieser zur Wahrung der demokratischen Staatsform und zur Erfüllung seiner Aufgaben beanspruchen müsse. Entgegen den Bestimmungen des bernischen Kirchengesetzes, das ausdrücklich die Wahrung der Freiheit der Lehrmeinung auf reformierter Grundlage gewährleiste, sei es, so führte der bernische Kirchendirektor vor dem Großen Rate aus, erwiesen, daß extreme Dialektiker Ansprüche erheben, die darauf hinzielten, allein darüber zu entscheiden, was in der evangelisch-reformierten Landeskirche gelten solle. Diese extreme Richtung gerate sozusagen zwangsläufig in Konflikt mit dem Staat, und der Staat würde seine Pflicht nicht erfüllen, wenn er sich diesen Tendenzen nicht widersetze. Von der klaren gesetzlichen Grundlage aus müsse die Regierung auch in Zukunft jedem Versuch Widerstand leisten, der darauf hinziele, innerhalb der evangelisch-reformierten Landeskirche von einer Richtung aus ausschließliche Herrschafts- und Machtansprüche durchzusetzen. Des weiteren hatte Regierungsrat Feldmann Vertretern der dialektischen Theologie vorzuwerfen, daß sie nicht nur eine betont wohlwollende Neutralität gegenüber dem Kommunismus an den Tag legten, sondern auch gegenüber den freiheitlich-demokratischen Grundlagen unseres Staates ein ebenso betontes Desinteressement bezeugten. Er erwähnte in diesem Zusammenhang einen Vortrag von Prof. Barth, den dieser am Kirchensonntag vom 6. Februar 1949 im Berner Münster gehalten und dabei «eine auffallende Verbeugung vor Stalin» gemacht habe, was dann in der kommunistischen Presse gebührend breitgeschlagen worden sei. Ferner habe Pfarrer Leuenberger, ebenfalls unter Beifall der kommunistischen Presse, in einer Synodalphredigt vom 6. September 1949 die bernische evangelisch-reformierte Kirche in auffallender Art und Weise neben Volk und Staat hinausgestellt und den Standpunkt vertreten, es komme nicht darauf an, wo die Kirche sei, in Amerika, Bern oder Rußland. Das seien Vorkommnisse, die zeigten, daß irgend etwas in kirchenpolitischer Hinsicht nicht stimme, und deshalb könne der Staat dazu nicht schweigen.

schriftlich zu fixieren. Prof. Barth stimmte zu und unterbreitete in einem weiteren Brief seinem Diskussionspartner *sieben Fragen*, die wir wie folgt zusammenfassen:

Ob es keinen gemeinsamen Boden gäbe, auf dem man fruchtbar miteinander reden könne;

welches die Sätze oder Stellungnahme der dialektischen Theologie seien, die die Existenzgrundlage des bernischen, bzw. schweizerischen Staates bedrohen sollten und auf die sich seine (Barths) Anhänger berufen würden, und ob man nicht seinen (Barths) Einfluß in der Schweiz und besonders im Kanton Bern überschätze;

an welche Sätze und Stellungnahme einer sich angeblich auf Barth berufenen Richtung gedacht werde, wenn man dieser vorwerfe, sie hege Herrschafts-, Macht- und Monopolansprüche;

weshalb man ihm das Lob der kommunistischen Presse ankreide und die Anerkennung Stalins als «Mann von Format» als eine «auffallende Verbeugung» auslege;

ob der bernische Kirchendirektor, der jedem angehenden Pfarrer die Bibel in die Hand drücke, nicht Verständnis haben müsse, daß eben von der Bibel her Spannungen zwischen der kirchlichen Verkündigung und Praxis und den staatlichen Ansichten und Forderungen möglich und dann jedenfalls nicht durch Äußerungen behördlichen Unwillens gelöst werden könnten;

ob man im Kanton Bern nicht Verständnis dafür haben könnte, daß innerhalb der evangelisch-reformierten Kirche eine Richtung bestehe, und von der Bibel her vielleicht bestehen müsse, die hinsichtlich der reformierten Grundlage etwas Bestimmtes glaube, das sie durch andere Richtungen leugnen höre, so daß sie mit diesen wohl im Verhältnis zum bernischen Staat nicht aber als eine christliche Kirche Gemeinschaft haben könne;

ob die Toleranz nicht sogar im demokratischen Staat ihre ganz bestimmten Grenzen habe und der Vertreter des Staates sich deshalb nicht dagegen verwahren könne, daß eine bestimmte geistliche, theologische Intoleranz in der Kirche vertretbar sei, und daß irgendwo auch in der Staatskirche ein deutliches Ja und ein deutliches Nein gesagt werden dürfe.

Mit ungewöhnlicher Gründlichkeit ging Regierungsrat Feldmann auf diese Fragen ein. Auf den zweieinhalbseitigen Brief Professor Barths vom 26. September 1950 antwortete er am 5. Februar 1951 mit einem Memorial von 40 Seiten. Feldmann ist ja so wenig wie Karl Barth «Irgendeiner». Er ist nicht nur einer der gescheitesten Politiker im bürgerlich-bürgerlichen Lager, der in der



Der Großbrand in Liesberg

Im Dorfe Liesberg im Amtsbezirk Laufen (Berner Jura) sind nach angebaute Scheune niedergebrannt. Alles Mobiliar blieb in den Flammen gerettet werden konnte. Sechs Familien sind obdachlos geworden. Es

grundsätzlicher Bedeutung, das wohl das Beste enthält, was seit Jahren vom Standpunkt der schweizerischen Politik und der schweizerisch-demokratischen Staatsauffassung zum Thema «Kirche und Staat» geschrieben worden ist. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn nachträglich die bernische Staatskanzlei den ganzen Briefwechsel zwischen Feldmann und Barth soeben in einer Broschüre herausgegeben hat, denn es geht hier nicht nur um eine rein bernische, sondern um eine gesamtschweizerische Angelegenheit.

Leider ist an diesem Briefwechsel nur das eine zu bedauern, daß er recht einseitig geblieben ist. Prof. Barth hat nämlich darauf verzichtet, sowohl auf die Entgegnung Feldmanns einzutreten als mit diesem die mündliche Aussprache aufzunehmen. Unseres Erachtens in wenig überzeugender Weise. Aus seinem letzten Brief vom 10. Februar 1951 an Feldmann spricht allzu peinlich die verletzte Empfindlichkeit eines großen Mannes, der gewohnt ist, daß seine theologischen Urteile wie eine Offenbarung angenommen werden. Er wirft Feldmann zu Unrecht, wie uns scheint, vor, er habe ihn im Tone eines «Vorgesetzten» behandelt, der einen «fehlbar gewordenen Untergebenen» zu maßregeln beabsichtige:

«Sehr geehrter Herr Regierungsrat, ein so hohes staatliches Amt wie das Ihrige kann ich zwar für mich nicht geltend machen. Aber endlich und zuletzt habe ich doch auch

einiges hinter zu sagen: auf und mich an Sie mich in eff meine Meinung weiter nichts

Das ist ein Antwort Feldmanns, der in einer Weise äußerst seltsam und wegs begründete denfalls nicht Ueberlegenheit u dem bernischen abschließenden in welcher eine deskirche sich in Volksstaates w könne, erst noch auch die Kirche Leben ernst gesatz «audiatur e Gegner zu hören gebieten – Rech

Trotzdem al Briefwechsel de konstruktiven E nen uns doch d über das Verhält so grundsätzlich wir sie in der Blattes in ihren geben wollen, Punkten unsere darzulegen.

Pleven mit der Regierungsbildung

Mollet lehnte ab

Paris, 3. August. ag. AFP. Der Präsident der Republik bot am Freitagvormittag dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, die Mission an, die neue französische Regierung zu bilden. Mollet lehnte den Auftrag

lichen Schulen ei dung seines Ka stützung der Soz richtete Kreise listen würden s präsidenten befür

Volksrecht

Zürich, 4. August 1951

Samstag-Ausgabe

Vierundfünfzigster Jahrgang Nr. 181

Abonnementspreis: Bei der Expedition oder Abgabe abgeholt monatlich Fr. 2.40. Durch die Trägerin oder Post ins Haus gebracht monatlich Fr. 2.60, vierteljährlich Fr. 7.80, halbjährlich Fr. 15.60.
Insertionspreis: Einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum Inland 16 Rp., Ausland 30 Rp. Reklamen Millimeterzeile 60 Rp. Größere Aufträge Rabatt. Papier-Teuerungszuschlag ab 15. April 1951 auf Bruttopreise: 1 Rp. für die einspaltige Millimeterzeile, 3 Rp. für die Reklamen-Millimeterzeile. Tel. 27 21 10. Postscheckkonto VIII 1530. Alle Postsendungen nach Zürich Postf. Hauptpost

Volksrecht Tagblatt / Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Kantons Zürich

Kirche und Staat

zwischen Regierungsrat Feldmann und Prof. Karl Barth

It seit einiger Zeit zwischen den staatlichen und kirchlichen Stellen einer bestimmten Spannung, als der Regierungsrat Dr. Feldmann am letzten September dem Rates sich vertritt und Aufgaben der Kirche grundsätzlich an die Adresse der Anhänger der dialektisch-überwiegenden Vorurteile sowohl die religiöse als auch dem Staat nicht anheim zu sein, der demokratischen Lösung seiner Aufgaben gegen den Bestimmungsgesetz, das der Freiheit der Kirche Grundlage der bernischen Kirche Rate aus, erträgt Ansprüche an, allein darüber zu entscheiden. Diese extreme Zwangslage in der der Staat würde, wenn er sich die Aufgabe ausmüsse die Widerstände innerhalb der Landeskirche von sich zu lassen. Herrsche durchzusetzen. Regierungsrat Feldmann in Theologie vorzuziehen betont wohlwollend dem Kommunismus gegenüber auch gegen kirchlichen Grundgedanken so betontes. Deswegen erwähnte in dem Vortrag von Prof. Feldmann Sonntag vom 6. August gehalten und Verbeugung vor dem dann in der kommenden breitgeschlagenen Pfarrer Leuenberger in der kommunisynodalpredigt vom 11. August in Bern Vorkommnisse, die kirchenpolitisch deshalb könne der

schriftlich zu fixieren. Prof. Barth stimmte zu und unterbreitete in einem weiteren Brief seinem Diskussionspartner sieben Fragen, die wir hier wie folgt zusammenfassen:

Ob es keinen gemeinsamen Boden gäbe, auf dem man fruchtbar miteinander reden könne;

welches die Sätze oder Stellungnahme der dialektischen Theologie seien, die die Existenzgrundlage des bernischen, bzw. schweizerischen Staates bedrohen sollten und auf die sich seine (Barths) Anhänger berufen würden, und ob man nicht seinen (Barths) Einfluß in der Schweiz und besonders im Kanton Bern überschätze;

an welche Sätze und Stellungnahme einer sich angeblich auf Barth berufenen Richtung gedacht werde, wenn man dieser vorwerfe, sie hege Herrschafts-, Macht- und Monopolansprüche;

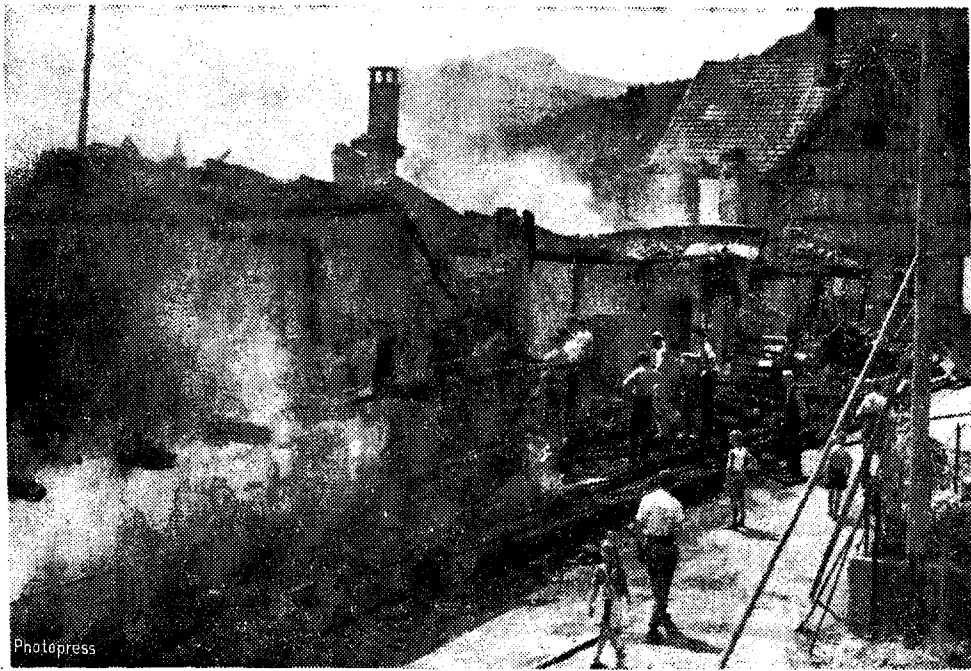
weshalb man ihm das Lob der kommunistischen Presse ankreide und die Anerkennung Stalins als «Mann von Format» als eine «auffallende Verbeugung» auslege;

ob der bernische Kirchendirektor, der jedem angehenden Pfarrer die Bibel in die Hand drücke, nicht Verständnis haben müsse, daß eben von der Bibel her Spannungen zwischen der kirchlichen Verkündigung und Praxis und den staatlichen Ansichten und Forderungen möglich und dann jedenfalls nicht durch Äußerungen behördlichen Unwillens gelöst werden könnten;

ob man im Kanton Bern nicht Verständnis dafür haben könnte, daß innerhalb der evangelisch-reformierten Kirche eine Richtung bestehe, und von der Bibel her vielleicht bestehen müsse, die hinsichtlich der reformierten Grundlage etwas Bestimmtes glaube, das sie durch andere Richtungen leugnen höre, so daß sie mit diesen wohl im Verhältnis zum bernischen Staat nicht aber als eine christliche Kirche Gemeinschaft haben könne;

ob die Toleranz nicht sogar im demokratischen Staat ihre ganz bestimmten Grenzen habe und der Vertreter des Staates sich deshalb nicht dagegen verwahren könne, daß eine bestimmte geistliche, theologische Intoleranz in der Kirche vertretbar sei, und daß irgendwo auch in der Staatskirche ein deutliches Ja und ein deutliches Nein gesagt werden dürfe.

Mit ungewöhnlicher Gründlichkeit ging Regierungsrat Feldmann auf diese Fragen ein. Auf den zweieinhalbseitigen Brief Professor Barths vom 26. September 1950 antwortete er am 5. Februar 1951 mit einem Memorial von 40 Seiten. Feldmann ist ja so wenig wie Karl Barth «Irgendeiner». Er ist nicht nur einer der gescheitesten Politiker



Der Großbrand in Liesberg

Im Dorfe Liesberg im Amtsbezirk Laufen (Berner Jura) sind nächtlicherweise fünf Häuser mit angebauter Scheune niedergebrannt. Alles Mobiliar blieb in den Flammen, während die Viehhäute gerettet werden konnte. Sechs Familien sind obdachlos geworden. Es wird Brandstiftung vermutet.

grundsätzlicher Bedeutung, das wohl das Beste enthält, was seit Jahren vom Standpunkt der schweizerischen Politik und der schweizerisch-demokratischen Staatsauffassung zum Thema «Kirche und Staat» geschrieben worden ist. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn nachträglich die bernische Staatskanzlei den ganzen Briefwechsel zwischen Feldmann und Barth soeben in einer Broschüre herausgegeben hat, denn es geht hier nicht nur um eine rein bernische, sondern um eine gesamtschweizerische Angelegenheit.

Leider ist an diesem Briefwechsel nur das eine zu bedauern, daß er recht einseitig geblieben ist. Prof. Barth hat nämlich darauf verzichtet, sowohl auf die Entgegnung Feldmanns einzutreten als mit diesem die mündliche Aussprache aufzunehmen. Unseres Erachtens in wenig überzeugender Weise. Aus seinem letzten Brief vom 10. Februar 1951 an Feldmann spricht allzu peinlich die verletzte Empfindlichkeit eines großen Mannes, der gewohnt ist, daß seine theologischen Urteile wie eine Offenbarung angenommen werden. Er wirft Feldmann zu Unrecht, wie uns scheint, vor, er habe ihn im Tone eines «Vorgesetzten» behandelt, der einen «fehlbar gewordenen Untergebenen» zu maßregeln beabsichtige:

«Sehr geehrter Herr Regierungsrat, ein so hohes staatliches Amt wie das Ihrige kann ich zwar für mich nicht geltend machen. Aber endlich und zuletzt habe ich doch auch

einiges hinter mir, das mir erlaubt, Ihnen zu sagen: auf diesem Ohr höre ich schlecht, und mich an den Ort zu begeben, an dem Sie mich in effigie gestellt haben, war nicht meine Meinung. Von dort aus habe ich Ihnen weiter nichts zu sagen.»

Das ist ein betrüblicher und durch die Antwort Feldmanns, auch wenn diese stellenweise äußerst scharf ausgefallen ist, keineswegs begründeter Kurzschuß. Er zeugt jedenfalls nicht gerade von einer inneren Überlegenheit und Liberalität, sondern gibt dem bernischen Kirchendirektor Anlaß zur abschließenden Feststellung, daß die Form, in welcher eine evangelisch-reformierte Landeskirche sich innerhalb eines wirklich freien Volksstaates wirksam Gehör verschaffen könne, erst noch gefunden werden müsse, und auch die Kirche, wolle sie im politischen Leben ernst genommen werden, den Grundsatz «audiatur et altera pars» – auch den Gegner zu hören und ihm nicht Schweigen zu gebieten – Rechnung zu tragen habe.

Trotzdem also bedauerlicherweise der Briefwechsel der beiden Männer zu keinen konstruktiven Ergebnissen geführt hat, scheinen uns doch die Ausführungen Feldmanns über das Verhältnis von Kirche und Staat von so grundsätzlich wichtiger Bedeutung, daß wir sie in der nächsten Nummer unseres Blattes in ihren wesentlichen Teilen wiedergeben wollen, um dann später zu einigen Punkten unsere persönliche Stellungnahme darzulegen.

Pleven mit der Regierungsbildung beauftragt

Mollet lehnte ab

Paris, 3. August. ag. AFP. Der Präsident der Republik bot am Freitagvormittag dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, die Mission an, die neue französische

lichen Schulen ein. Deshalb wird er bei der Bildung seines Kabinetts nicht mit der Unterstützung der Sozialisten rechnen können. Unterordnete Kreise sind der Auffassung, die Sozialisten würden seine Ernennung zum Ministerpräsidenten befürworten, sich hingegen nicht an

Kirche und Staat

Eine Auseinandersetzung zwischen Regierungsrat Feldmann und Prof. Karl Barth

Im Kanton Bern besteht seit einiger Zeit eine erhebliche Spannung zwischen den staatlichen Kirchenorganen und einer bestimmten Richtung innerhalb der evangelisch-reformierten Landeskirche, genauer gesagt gewissen Vertretern der *dialektischen Theologie*. Erstmalig erfuhr man über die Grenzen des Kantons Bern hinaus von dieser Spannung, als der kantonale Kirchendirektor, Regierungsrat Dr. Markus Feldmann, in der letzten Septembersession des bernischen Großen Rates sich veranlaßt sah, offiziell die Rechte und Aufgaben des Staates gegenüber der Kirche grundsätzlich zu umreißen und dabei an die Adresse verschiedener prominenter Anhänger der dialektischen Theologie den schwerwiegenden Vorwurf zu erheben, daß sie sowohl die religiöse Toleranz mißachteten als auch dem Staat nicht jene Kompetenzen einzuräumen bereit seien, die dieser zur Wahrung der demokratischen Staatsform und zur Erfüllung seiner Aufgaben beanspruchen müsse. Entgegen den Bestimmungen des bernischen Kirchengesetzes, das ausdrücklich die Wahrung der Freiheit der Lehrmeinung auf reformierter Grundlage gewährleiste, sei es, so führte der bernische Kirchendirektor vor dem Großen Rate aus, erwiesen, daß extreme Dialektiker Ansprüche erhöhen, die darauf hinzielten, allein darüber zu entscheiden, was in der evangelisch-reformierten Landeskirche gelten solle. Diese extreme Richtung gerate, sozusagen zwangsläufig, in Konflikt mit dem Staat, und der Staat würde seine Pflicht nicht erfüllen, wenn er sich diesen Tendenzen nicht widersetze. Von der klaren gesetzlichen Grundlage aus müsse die Regierung auch in Zukunft jedem Versuch Widerstand leisten, der darauf hinziele, innerhalb der evangelisch-reformierten Landeskirche von einer Richtung aus ausschließliche Herrschafts- und Machtansprüche durchzusetzen. Des weiteren hatte Regierungsrat Feldmann Vertretern der dialektischen Theologie vorzuwerfen, daß sie nicht nur eine betont wohlwollende Neutralität gegenüber dem Kommunismus an den Tag legten, sondern auch gegenüber den freiheitlich-demokratischen Grundlagen unseres Staates ein ebenso betontes Desinteressement bezeugten. Er erwähnte in diesem Zusammenhang einen Vortrag von Prof. Barth, den dieser am Kirchensonntag vom 6. Februar 1949 im Berner Münster gehalten und dabei «eine auffallende Verbeugung vor Stalin» gemacht habe, was dann in der kommunistischen Presse gebührend breitgeschlagen worden sei. Ferner habe Pfarrer Leuenberger, ebenfalls unter Beifall der kommunistischen Presse, in einer Synodapredigt vom 6. September 1949 die bernische evangelisch-reformierte Kirche in auffallender Art und Weise neben Volk und Staat hinausgestellt und den Standpunkt vertreten, es komme nicht darauf an, wo die Kirche sei, in Amerika, Bern oder Rußland. Das seien Vorkommnisse, die zeigten, daß irgend etwas in kirchenpolitischer Hinsicht nicht stimme, und deshalb könne der Staat dazu nicht schweigen.

Diese Erklärungen des bernischen Kirchendirektors riefen nun Karl Barth, Theologieprofessor an der Basler Universität, auf den Plan, den Begründer und führenden Vertreter der dialektischen Theologie, von dem man wohl sagen darf, daß er zu den einflußreichsten und bedeutendsten Theologen der Gegenwart gehört. Eine starke Wirkung übt er vor allem auf die protestantischen Kirchen in Deutschland und in den osteuropäischen Staaten aus, aber auch in der Schweiz schart sich eine starke Anhängerschaft namentlich aus jenen positivkirchlichen Kreisen um ihn, die in betonter Bindung an biblische Offenbarungen, Glaubensbekenntnis und Dogma stehen. Barth fühlte sich durch die Kritik Feldmanns betroffen und schlug diesem in einem Schreiben vom 15. September 1950 eine «Begegnung von Mann zu Mann» vor zum Zwecke einer offenen Aussprache über die Sachprobleme. Feldmann nahm umgehend den Vorschlag an, regte aber seinerseits, um diese Aussprache in ihren Ausgangspunkten festzulegen, an, die zu besprechenden Fragen vorher in einem Briefwechsel

schriftlich zu fixieren. Prof. Barth stimmte zu und unterbreitete in einem weiteren Brief seinem Diskussionspartner sieben Fragen, die wir wie folgt zusammenfassen:

Ob es keinen gemeinsamen Boden gäbe, auf dem man fruchtbar miteinander reden könne;

welches die Sätze oder Stellungnahme der dialektischen Theologie seien, die die Existenzgrundlage des bernischen, bzw. schweizerischen Staates bedrohen sollten und auf die sich seine (Barths) Anhänger berufen würden, und ob man nicht seinen (Barths) Einfluß in der Schweiz und besonders im Kanton Bern überschätze;

an welche Sätze und Stellungnahme einer sich angeblich auf Barth berufenen Richtung gedacht werde, wenn man dieser vorwerfe, sie hege Herrschafts-, Macht- und Monopolansprüche;

weshalb man ihm das Lob der kommunistischen Presse ankreide und die Anerkennung Stalins als «Mann von Format» als eine «auffallende Verbeugung» auslege;

ob der bernische Kirchendirektor, der jedem angehenden Pfarrer die Bibel in die Hand drücke, nicht Verständnis haben müsse, daß eben von der Bibel her Spannungen zwischen der kirchlichen Verkündigung und Praxis und den staatlichen Ansichten und Forderungen möglich und dann jedenfalls nicht durch Äußerungen behördlichen Unwillens gelöst werden könnten;

ob man im Kanton Bern nicht Verständnis dafür haben könnte, daß innerhalb der evangelisch-reformierten Kirche eine Richtung bestehe, und von der Bibel her vielleicht bestehen müsse, die hinsichtlich der reformierten Grundlage etwas Bestimmtes glaube, das sie durch andere Richtungen leugnen höre, so daß sie mit diesen wohl im Verhältnis zum bernischen Staat nicht aber als eine christliche Kirche Gemeinschaft haben könne;

ob die Toleranz nicht sogar im demokratischen Staat ihre ganz bestimmten Grenzen habe und der Vertreter des Staates sich deshalb nicht dagegen verwahren könne, daß eine bestimmte geistliche, theologische Intoleranz in der Kirche vertretbar sei, und daß irgendwo auch in der Staatskirche ein deutliches Ja und ein deutliches Nein gesagt werden dürfe.

Mit ungewöhnlicher Gründlichkeit ging Regierungsrat Feldmann auf diese Fragen ein. Auf den zweieinhalbseitigen Brief Professor Barths vom 26. September 1950 antwortete er am 5. Februar 1951 mit einem Memorial von 40 Seiten. Feldmann ist ja so wenig wie Karl Barth «Irgendeiner». Er ist nicht nur einer der gescheitesten Politiker im bürgerlich-bürgerlichen Lager, der in der bernischen Regierung und im eidgenössischen Parlament eine geachtete Stellung einnimmt und wegen seiner Integrität und großen Sachkenntnis auch vom Gegner respektiert wird, er hat sich auch in Zeiten ernstester Gefahren als ein überzeugungstreuer Verfechter des demokratischen Staatsgedankens bewährt. Die schweizerische Presse insbesondere ist ihm dafür Dank schuldig, daß er während der Nazijahre als einer ihrer führenden Männer mutig für die Pressefreiheit eingetreten war und sie gegenüber den Druckversuchen des Dritten Reiches, wie gegenüber schwankenden Gestalten im Bundeshaus und im Armeestab verteidigt hat. Was nun gerade dieser Mann als bernischer Erziehungs- und Kirchendirektor zu sagen hat – er tut es in eindrucksvoller Formulierung und mit sachlicher Schärfe – geht weit über den Rahmen einer amtlichen Vernehmlassung hinaus und ist von allgemeinem Interesse. Tatsächlich handelt es sich um ein Dokument von großer



Der Großbrand in Liesberg

Im Dorfe Liesberg im Amtsbezirk Laufen (Berner Jura) sind nach einem Brand die meisten Gebäude zerstört. Angebaute Scheune niedergebrannt. Alles Mobiliar blieb in den Räumen. Sechs Familien sind obdachlos geworden.

grundsätzlicher Bedeutung, das wohl das Beste enthält, was seit Jahren vom Standpunkt der schweizerischen Politik und der schweizerisch-demokratischen Staatsauffassung zum Thema «Kirche und Staat» geschrieben worden ist. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn nachträglich die bernische Staatskanzlei den ganzen Briefwechsel zwischen Feldmann und Barth soeben in einer Broschüre herausgegeben hat, denn es geht hier nicht nur um eine rein bernische, sondern um eine gesamtschweizerische Angelegenheit.

Leider ist an diesem Briefwechsel nur das eine zu bedauern, daß er recht einseitig geblieben ist. Prof. Barth hat nämlich darauf verzichtet, sowohl auf die Entgegnung Feldmanns einzutreten als mit diesem die mündliche Aussprache aufzunehmen. Unseres Erachtens in wenig überzeugender Weise. Aus seinem letzten Brief vom 10. Februar 1951 an Feldmann spricht allzu peinlich die verletzte Empfindlichkeit eines großen Mannes, der gewohnt ist, daß seine theologischen Urteile wie eine Offenbarung angenommen werden. Er wirft Feldmann zu Unrecht, wie uns scheint, vor, er habe ihn im Tone eines «Vorgesetzten» behandelt, der einen «fehlbar gewordenen Untergebenen» zu maßregeln beabsichtige:

«Sehr geehrter Herr Regierungsrat, ein so hohes staatliches Amt wie das Ihrige kann ich zwar für mich nicht geltend machen. Aber endlich und zuletzt habe ich doch auch

einiges hinter mich zu sagen: auf mich an. Sie mich in meine Meinung weiter nichts.

Das ist eine Antwort, Feldmann würde sie äußerst seltsam begründen, falls nicht die Ueberlegenheit dem bernischen abschließenden in welcher eine deskirche sich in Volksstaates v könne, erst noch auch die Kirche Leben ernst gesatz «audiatur» Gegner zu hören gebieten – Rec. Trotzdem a Briefwechsel d konstruktiven E nen uns doch über das Verhältni so grundsätzlich wir sie in der Blattes in ihren geben wollen, Punkten unser darzulegen.

Pleven mit der Regierungsbildung

Mollet lehnte ab

Paris, 3. August. ag. AFP. Der Präsident der Republik bot am Freitagvormittag dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, die Mission an, die neue französische Regierung zu bilden. Mollet lehnte den Auftrag jedoch ab, worauf der Präsident den ehemaligen Ministerpräsidenten René Pleven in den Elysée-Palast berief.

Pleven unternimmt einen Versuch

Paris, 3. Aug. United Press. Der französische Staatspräsident Vincent Auriol hat René Pleven, der im 50. Altersjahr steht und bereits einmal den Posten eines Ministerpräsidenten innehatte, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, um die seit 25 Tagen bestehende politische Krise zu beenden.

Auriol wandte sich an Pleven, nachdem Petsche von der Nationalversammlung nicht die Bestätigung seines Amtes erhielt. Pleven ist Mitglied der sozialistischen und demokratischen Widerstandsunion (U. D. S. R.), einer kleinen Partei, die zwischen den Radikalen und den Sozialisten steht. Pleven erklärte, er habe sich zuerst mit den Führern der verschiedenen Parteien in Verbindung zu setzen, um die Aussichten einer Regierungsbildung überblicken zu können.

Nach Ansicht der meisten Beobachter hat Pleven keine große Aussicht auf Erfolg. Während der letzten französischen Wahlen setzte er sich für eine staatliche Unterstützung der kirch-

lichen Schulen und der Unterstützung der Sozialistischen Kreise. Pleven würde seinen Kabinettschef Pleven jedoch als einer Regierung schließen, ablehnen.

Nach seiner Präsidenten er Presse, er empfing das «Fortdauer» den Auftrag Auriol.

Im Oktober Regierung George minister ernannt an den internationalen die die strategischen ausarbeiteten.

Pleven übernahm Ministerpräsident als Führer eine Regierung, kurz vor der Krise nach.

Nach der Koalition Pleven mit dem lungen, Eduard H. Rates der Repu-

zwischen Regierungsrat Feldmann und Prof. Karl Barth

seit einiger Zeit zwischen den staatskirchlichen und evangelisch-reformierten Theologen. Erst- und Zweit-Präsidenten des Kantons Bern, als der Regierungsrat Dr. Fritz Feldmann am 27. September 1950 seinen Brief an den Ratespräsidenten über die Aufgaben der Kirche und die Adresse der evangelisch-reformierten Kirche in Bern überreichte. Obwohl die religiöse Kirche dem Staat nicht mehr dienlich ist, sind die demokratischen Aufgaben der Kirche nach dem Bestimmungsgesetz, das die Freiheit der Kirche in der bernischen Kirche Rate aus, er- und Ansprüche er- allein darüber zu gelisch-reformier- le. Diese extreme Zwangsläufigkeit in der Staat würde wenn er sich die- tzt. Von der kla- aus müsse die Re- Versuch Wider- einziele, innerhalb der Landeskirche von chließliche Herr- durchzusetzen. ingsrat Feldmann i Theologie vorzu- ne betont wohlwo- dem Kommunis- idern auch gegen- ratischen Grund- enso betontes Des- erwähnte in die- Vortrag von Prof. ensonntag vom 6. nster gehalten und Verbeugung vor dann in der kom- rend breitgeschla- be Pfarrer Leuen- fall der kommuni- nodalpredigt vom nische evangelisch- fallender Art und hinausgestellt und komme nicht dar- in Amerika, Bern Vorkommnisse, die kirchenpolitischer deshalb könne der bernischen Kirchen- Barth, Theologie- universität, auf den ährenden Vertreter von dem man wohl nflußreichsten und er Gegenwart ge- bt er vor allem auf en in Deutschland Staaten aus, aber t sich eine starke aus jenen positiv- n, die in betonter enbarungen, Glau- na stehen. Barth tik Feldmanns be- n einem Schreiben e «Begegnung von wecke einer offenen probleme. Feldmann alag an, regte aber rache in ihren Aus- an, die zu bespre- einem Briefwechsel

schriftlich zu fixieren. Prof. Barth stimmte zu und unterbreitete in einem weiteren Brief seinem Diskussionspartner sieben Fragen, die wir wie folgt zusammenfassen:

Ob es keinen gemeinsamen Boden gäbe, auf dem man fruchtbar miteinander reden könne;

welches die Sätze oder Stellungnahme der dialektischen Theologie seien, die die Existenzgrundlage des bernischen, bzw. schweizerischen Staates bedrohen sollten und auf die sich seine (Barths) Anhänger berufen würden, und ob man nicht seinen (Barths) Einfluß in der Schweiz und besonders im Kanton Bern überschätze;

an welche Sätze und Stellungnahme einer sich angeblich auf Barth berufenen Richtung gedacht werde, wenn man dieser vorwerfe, sie hege Herrschafts-, Macht- und Monopolansprüche;

weshalb man ihm das Lob der kommunistischen Presse ankreide und die Anerkennung Stalins als «Mann von Format» als eine «auffallende Verbeugung» auslege;

ob der bernische Kirchendirektor, der jedem angehenden Pfarrer die Bibel in die Hand drücke, nicht Verständnis haben müsse, daß eben von der Bibel her Spannungen zwischen der kirchlichen Verkündigung und Praxis und den staatlichen Ansichten und Forderungen möglich und dann jedenfalls nicht durch Äußerungen behördlichen Unwillens gelöst werden könnten;

ob man im Kanton Bern nicht Verständnis dafür haben könnte, daß innerhalb der evangelisch-reformierten Kirche eine Richtung bestehe, und von der Bibel her vielleicht bestehen müsse, die hinsichtlich der reformierten Grundlage etwas Bestimmtes glaube, das sie durch andere Richtungen leugnen höre, so daß sie mit diesen wohl im Verhältnis zum bernischen Staat nicht aber als eine christliche Kirche Gemeinschaft haben könne;

ob die Toleranz nicht sogar im demokratischen Staat ihre ganz bestimmten Grenzen habe und der Vertreter des Staates sich deshalb nicht dagegen verwahren könne, daß eine bestimmte geistliche, theologische Intoleranz in der Kirche vertretbar sei, und daß irgendwo auch in der Staatskirche ein deutliches Ja und ein deutliches Nein gesagt werden dürfe.

Mit ungewöhnlicher Gründlichkeit ging Regierungsrat Feldmann auf diese Fragen ein. Auf den zweieinhalbseitigen Brief Professor Barths vom 26. September 1950 antwortete er am 5. Februar 1951 mit einem Memorial von 40 Seiten. Feldmann ist ja so wenig wie Karl Barth «Irgendeiner». Er ist nicht nur einer der gescheiterten Politiker im bäuerlich-bürgerlichen Lager, der in der bernischen Regierung und im eidgenössischen Parlament eine geachtete Stellung einnimmt und wegen seiner Integrität und großen Sachkenntnis auch vom Gegner respektiert wird, er hat sich auch in Zeiten ernstester Gefahren als ein überzeugungs- treuer Verfechter des demokratischen Staatsgedankens bewährt. Die schweizerische Presse insbesondere ist ihm dafür Dank schuldig, daß er während der Nazijahre als einer ihrer führenden Männer mutig für die Pressefreiheit eingetreten war und sie gegenüber den Druckversuchen des Dritten Reiches, wie gegenüber schwankenden Gestalten im Bundeshaus und im Armee- stab verteidigt hat. Was nun gerade dieser Mann als bernischer Erziehungs- und Kirchen- direktor zu sagen hat – er tut es in eindrücklicher Formulierung und mit sachlicher Schärfe – geht weit über den Rahmen einer amtlichen Vernehmlassung hinaus und ist von allgemeinem Interesse. Tatsächlich handelt es sich um ein Dokument von großer



Der Großbrand in Liesberg

Im Dorfe Liesberg im Amtsbezirk Laufen (Berner Jura) sind nächtlicherweise fünf Häuser mit angebauter Scheune niedergebrannt. Alles Mobiliar blieb in den Flammen, während die Viehhäbe gerettet werden konnte. Sechs Familien sind obdachlos geworden. Es wird Brandstiftung vermutet.

grundsätzlicher Bedeutung, das wohl das Beste enthält, was seit Jahren vom Standpunkt der schweizerischen Politik und der schweizerisch-demokratischen Staatsauffassung zum Thema «Kirche und Staat» geschrieben worden ist. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn nachträglich die bernische Staatskanzlei den ganzen Briefwechsel zwischen Feldmann und Barth soeben in einer Broschüre herausgegeben hat, denn es geht hier nicht nur um eine rein bernische, sondern um eine gesamtschweizerische Angelegenheit.

Leider ist an diesem Briefwechsel nur das eine zu bedauern, daß er recht einseitig geblieben ist. Prof. Barth hat nämlich darauf verzichtet, sowohl auf die Entgegnung Feldmanns einzutreten als mit diesem die mündliche Aussprache aufzunehmen. Unseres Erachtens in wenig überzeugender Weise. Aus seinem letzten Brief vom 10. Februar 1951 an Feldmann spricht allzu peinlich die verletzte Empfindlichkeit eines großen Mannes, der gewohnt ist, daß seine theologischen Urteile wie eine Offenbarung angenommen werden. Er wirft Feldmann zu Unrecht, wie uns scheint, vor, er habe ihn im Tone eines «Vorgesetzten» behandelt, der einen «fehlbar gewordenen Untergebenen» zu maßregeln beabsichtige:

«Sehr geehrter Herr Regierungsrat, ein so hohes staatliches Amt wie das Ihrige kann ich zwar für mich nicht geltend machen. Aber endlich und zuletzt habe ich doch auch

einiges hinter mir, das mir erlaubt, Ihnen zu sagen: auf diesem Ohr höre ich schlecht, und mich an den Ort zu begeben, an dem Sie mich in effigie gestellt haben, war nicht meine Meinung. Von dort aus habe ich Ihnen weiter nichts zu sagen.»

Das ist ein betrüblicher und durch die Antwort Feldmanns, auch wenn diese stellenweise äußerst scharf ausgefallen ist, keineswegs begründeter Kurzschluß. Er zeugt jedenfalls nicht gerade von einer inneren Ueberlegenheit und Liberalität, sondern gibt dem bernischen Kirchendirektor Anlaß zur abschließenden Feststellung, daß die Form, in welcher eine evangelisch-reformierte Landeskirche sich innerhalb eines wirklich freien Volksstaates wirksam Gehör verschaffen könne, erst noch gefunden werden müsse, und auch die Kirche, wolle sie im politischen Leben ernst genommen werden, den Grundsatz «audiatur et altera pars» – auch den Gegner zu hören und ihm nicht Schweigen zu gebieten – Rechnung zu tragen habe.

Trotzdem also bedauerlicherweise der Briefwechsel der beiden Männer zu keinen konstruktiven Ergebnissen geführt hat, scheinen uns doch die Ausführungen Feldmanns über das Verhältnis von Kirche und Staat von so grundsätzlich wichtiger Bedeutung, daß wir sie in der nächsten Nummer unseres Blattes in ihren wesentlichen Teilen wiedergeben wollen, um dann später zu einigen Punkten unsere persönliche Stellungnahme darzulegen.

Pleven mit der Regierungsbildung beauftragt

Mollet lehnte ab

Paris, 3. August. ag. AFP. Der Präsident der Republik bot am Freitagvormittag dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, die Mission an, die neue französische Regierung zu bilden. Mollet lehnte den Auftrag jedoch ab, worauf der Präsident den ehemaligen Ministerpräsidenten René Pleven in den Elysée-Palast berief.

Pleven unternimmt einen Versuch

Paris, 3. Aug. United Press. Der französische Staatspräsident Vincent Auriol hat René Pleven, der im 50. Altersjahr steht und bereits einmal den Posten eines Ministerpräsidenten innehatte, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, um die seit 25 Tagen bestehende politische Krise zu beenden.

Auriol wandte sich an Pleven, nachdem Petsche von der Nationalversammlung nicht die Bestätigung seines Amtes erhielt. Pleven ist Mitglied der sozialistischen und demokratischen Widerstandsunion (U. D. S. R.), einer kleinen Partei, die zwischen den Radikalen und den Sozialisten steht. Pleven erklärte, er habe sich zuerst mit den Führern der verschiedenen Parteien in Verbindung zu setzen, um die Aussichten einer Regierungsbildung überblicken zu können.

Nach Ansicht der meisten Beobachter hat Pleven keine große Aussicht auf Erfolg. Während der letzten französischen Wahlen setzte er sich für eine staatliche Unterstützung der kirch-

lichen Schulen ein. Deshalb wird er bei der Bildung seines Kabinettes nicht mit der Unterstützung der Sozialisten rechnen können. Unter- richtete Kreise sind der Auffassung, die Sozial- listen würden seine Ernennung zum Minister- präsidenten befürworten, sich hingegen nicht an seinem Kabinett beteiligen. Bis jetzt wird von Pleven jedoch angenommen, daß er jede Form einer Regierung, von der sich die Sozialisten aus- schließen, ablehne.

Nach seiner Unterredung mit dem Staats- präsidenten erklärte Pleven gegenüber der Presse, er empfinde es als seine Pflicht, wegen des «Fortdauerns und des Ernstes» der Krise den Auftrag Auriols anzunehmen.

Im Oktober 1949 wurde Pleven in der Re- gierung Georges Bidaults zum Verteidigungs- minister ernannt. Er nahm in dieser Funktion an den internationalen Konferenzen in Paris teil, die die strategischen Pläne für den Atlantikpakt ausarbeiteten.

Pleven übernahm von Bidault das Amt des Ministerpräsidenten am 8. Juli 1950. Er gelangte als Führer einer gemäßigten Koalition an die Regierung, kurz nachdem die kommunistische In- vasion in Südkorea der Welt die größte politi- sche Krise nach dem Zweiten Weltkrieg brachte.

Nach der Konferenz mit Auriol besprach sich Pleven mit dem Präsident der Nationalversamm- lung, Eduard Herriot, und dem Präsidenten des Rates der Republik, Gaston Monnerville.